

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Am Atomausstieg festhalten – erneuerbare Energien ausbauen**

Der Beschluss der Bundesregierung vom Atomkonsens abzuweichen und eine Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke zu forcieren, ist von großer Tragweite für das Land Bremen. Die Atomkraft selbst ist und bleibt eine unsichere Technologie, selbst wenn massiv bauliche Veränderungen an den Atomkraftwerken vorgenommen werden würden.

Am vereinbarten Atomausstieg muss daher festgehalten werden. Dies gilt in besonderem Maße auch für das Atomkraftwerk Unterweser in Esenshamm, das sich in der Nähe zu bremischen Landesgrenzen befindet und dessen Laufzeit 2012 endet. Ein aktuelles Gutachten legt hier zudem den Schluss nahe, dass die Sicherheitsstandards in diesem Atomkraftwerk heutigen Anforderungen nicht gerecht werden, sodass eine schnellstmögliche Abschaltung zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung notwendig ist. Eine Laufzeitverlängerung um mehrere Jahre, würde das Risiko für die Bürgerinnen und Bürger im Land Bremen deutlich verlängern und erhöhen.

Die Frage der Endlagerung von radioaktiven Abfällen ist bis heute nicht gelöst. Jedes Jahr entstehen in den deutschen Atomkraftwerken rund 400 t hochradioaktive abgebrannte Brennelemente. Was mit diesem über Jahrtausende strahlenden Abfall passieren soll, weiß bis heute niemand. Eine Laufzeitverlängerung erhöht nicht nur die Menge an radioaktivem Müll, sondern auch die Anzahl von Atomtransporten.

Das Energiekonzept der Bundesregierung ist ein reines Atomkonzept. Es geht allein darum, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern und somit die Extragewinne zwischen den Stromkonzernen und dem Staat aufzuteilen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird durch eine Laufzeitverlängerung ausgebremst. Gegenüber dem Trend 2005 bis 2010 würde die jährlich installierte Leistung bis 2020 um ein Drittel zurückgehen. Die Laufzeitverlängerung gefährdet Innovation, Arbeitsplätze, fairen Wettbewerb und den Aufbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung! Dies gilt im besonderen Maße für den Norden Deutschlands und die Metropolregion Bremen–Oldenburg, wo die Windkraftbranche ein starkes wirtschaftliches Standbein ist und länger laufende Atomkraftwerke bremsend auf den Ausbau der Windenergie, insbesondere Offshore, wirken würden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihre Zustimmung zum 2002 vereinbarten Atomkonsens und hält eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke, wie von der jetzigen Bundesregierung vorgesehen, für unverantwortlich.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, alle rechtlichen Schritte gegen eine Laufzeitverlängerung zu unternehmen, und gegebenenfalls vor dem Verfassungsgericht dagegen zu klagen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat erneut, sich bei der Landesregierung in Niedersachsen dafür einzusetzen, dass die Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerks Unterweser in Esenshamm nicht über 2012 verlängert wird oder im Falle einer Laufzeitverlängerung zumindest aktuelle Sicherheitsstandards einschließlich dem Schutz vor terroristischen Anschlägen gewährleistet werden.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Falle einer Laufzeitverlängerung auf Bundesebene für einen finanziellen Ausgleich zugunsten der kleineren Stromerzeuger, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien, einzusetzen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich auf Bundesebene für eine Aufhebung der Haftungsbegrenzungen im Falle von Unfällen in AKW einzusetzen und die Betreiber bei den bei der Lagerung von Atommüll anfallenden Ewigkeitskosten auch unter Einbeziehung der zusätzlich zu erwartenden Gewinne zu beteiligen.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) hält am Ausbau der erneuerbaren Energien fest und bittet den Senat, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Förderung der umweltfreundlichen Stromerzeugung und energetischer Standards nicht weiter gekürzt wird.

Dr. Maike Schaefer,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Dennhardt,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD